

# Aus der politischen Woche

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **16 (1926)**

Heft 25

PDF erstellt am: **19.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Bilder von den Verheerungen des Zyklons im Jura.

Rechts und links: Verwüstungen in den Wäldern bei Chaux d'Abel. In der Mitte: Bei Haut des Combes.

(Siehe „Chronik“ unter „Bernerland“.)

## Aus der politischen Woche.

Westeuropa ist von Regenfluten heimgesucht, die die Heuernte schwer schädigt, zum Teil geradezu vernichtet. Die schrecklichen Wetterstürme vom 11. Juni haben eine wahre Weltuntergangsstimmung wachgerufen, nicht nur bei den unglücklichen Opfern des Zyklons auf der Jurahöhebene zwischen Les Breuleux und La Chaux-de-Fonds, sondern auch anderswo.

Atmosphärische Depressionen haben je und je auch die Gemüter der Menschen gedrückt. In Frankreich ist trotz des glücklichen Ausganges des Marokko-Krieges die Krisenstimmung noch lange nicht überwunden. In den Wandergängen der Kammer schwirrten Anfangs der Woche die Gerüchte von einer Umbildung des Kabinetts Briand herum. Man sprach vom Rücktritt des Finanzministers Péret. Die Demission Péréts ist inzwischen Tatsache geworden. Sie scheint nicht im Willen des Ministerpräsidenten gelegen zu sein; denn dieser wie der Ministerrat drangen in Péret, seine Demission rückgängig zu machen; dieser aber erklärte seinen Entschluß als unwiderruflich. Raoul Péret ist schon der dritte Finanzminister Briands; ihm voran gingen Doumer und Voucheur. (Briand hat dem Präsidenten der Republik die Demission des ganzen Kabinettes angeboten; er wird aber sehr wahrscheinlich neu beauftragt werden).

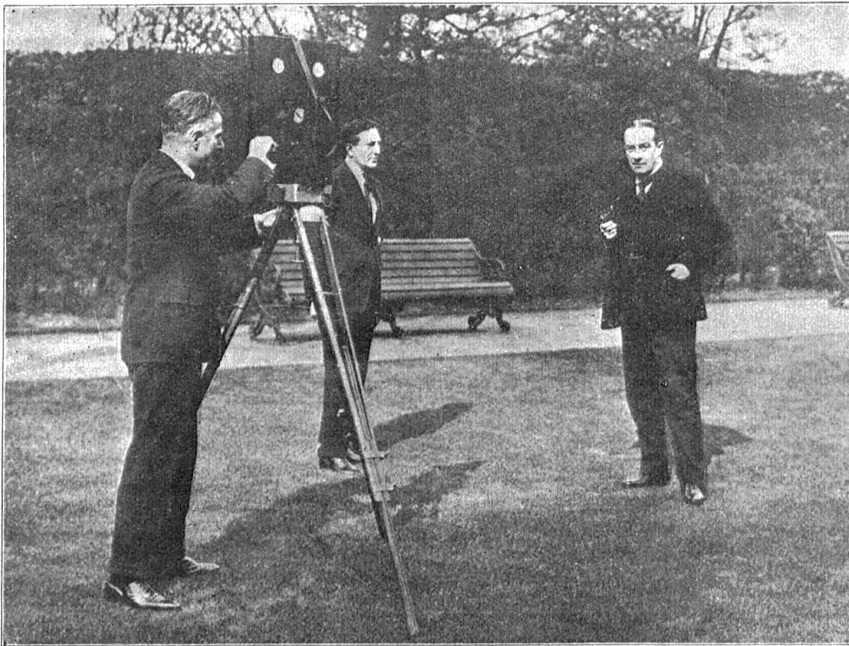
Péréts glatte Kapitulation vor den Geldbesitzern konnte in einer Demokratie wie Frankreich für ihn nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die Deputierten hätten niemals ohne Gefahr, ihre eigene Stellung zu verlieren, die Gesetze gut heißen können, die nun zur Durchführung des neuen Finanzprogrammes notwendig sind: die neuen Steuern auf Einkommen und Verbrauch — den jetzt schon Schwerbelasteten neu auf den Buckel geladen. Das mochte Péret einsehen, und er hielt für gut, diese Aufgabe einem andern zu überlassen. Wer wird dieser andere sein? Es ist vorauszusehen, daß auch der neue Siegfried den Drachen „Frankensturz“ nicht töten wird. Denn es fehlt dem französischen Finanzminister — jedem, auch dem künftigen — das Schwert dazu: die diktatorische Macht über die Finanzleute, die bei der gegenwärtigen Beschaffenheit des Geldes (das sich ungestraft verschaffen kann) auch einem Diktator Trost bieten, und über die Steuerzahler. Letztere allerdings können nach fascistischem Rezept gebändigt werden; aber so tief ist die französische Demokratie noch nicht im Defaitismus versunken, daß ein Diktator in Frankreich heute schon möglich wäre. Aber die Zeit arbeitet für den Fascismus — wenn nicht für die Revolution, die der französischen Tradition immerhin gemäßer ist, trotz Léon Daudet und seiner Monarchisten.

Briand selber dürfte auf seinem Posten bleiben, solange Frankreich noch so wichtige außenpolitische Dinge wie die Marokko-Angelegenheit zu erledigen hat. Die Marokko-Frage kann über Nacht zu einer neuen Lebensfrage werden für Frankreich. Die Einigung mit Spanien scheint auf dem Wege zu sein. Aber auch das Eingreifen

Italiens mit seinen Ansprüchen. Hinter Italien steht un- zweifelhaft England, wenn auch noch nicht das offizielle, das erst kürzlich noch sein Desinteressent an der Regelung der Rif-Frage erklärt hat. Umso deutlicher stützt die englische Presse den italienischen Standpunkt. Und man geht kaum fehl, wenn man hinter ihr Chamberlains Einfluß vermutet; denn der englische Außenminister müßte ganz undankbar sein, wenn er dem Freund von Kapallo jede Unterstützung in der Marokko-Angelegenheit versagen wollte; hat ihm doch Mussolini in der Mosulfrage außerordentlich wertvolle Dienste geleistet, indem er die Türkei von Rhodos aus bedrohte.

Zur Stunde lehnen die Franzosen in Übereinstimmung mit Spanien jede Einmischung Dritter in der Neuordnung des Rif entschieden ab. Einmal hätten sie allein die Sorgen und Mühen mit Abd-el-Krim gehabt, und dann werde das Tangerabkommen von 1912 an keinem Punkte berührt. Die Franzosen waren ja tatsächlich die Angegriffenen, und als Sieger hat niemand das moralische Recht, ihnen in den Verhandlungen dreinzureden, um so weniger, als die Franzosen hier nur als vertragliche Beschützer des Sultanats handeln. Um die Interessengemeinschaft zwischen Marokko und Frankreich recht deutlich aller Welt kund zu tun, wird der Sultan demnächst nach Paris reisen und das Nationalfest vom 14. Juli mitfeiern.

Ein anderer fraglicher Posten der französischen Außenpolitik ist Genf und das Locarno-Abkommen mit Deutschland, das unvollendete Werk Briands. Die Völkerbundskrise ist in ein akutes Stadium getreten: Brasilien hat durch seinen Vertreter Mello-Franco seinen Rücktritt aus dem Völkerbund erklärt mit der Begründung, daß in Genf nicht die politischen Ideale gepflegt werden, denen Brasilien huldige; der Völkerbund sei keine universelle Institution, der Einfluß gewisser europäischer Mächte überwiege zu stark. Die Begründung trägt sicher viel Wahrheit in sich; doch vergißt die brasilianische Regierung, daß die heutige Form ein für die europäische Konsolidierung notwendiges Ubergangsstadium darstellt, das durch das Fernbleiben Nordamerikas und Rußlands und nun durch den Rücktritt Brasiliens nur verlängert wird. Der Rücktritt Brasiliens bedeutet für die Amerikaner eine nicht geringe Genugtuung. Senator Borah gab dieser Freudenstimmung in seiner Erklärung an die Agentur Internews Ausdruck: „Der Völkerbund“, so sagte er ungefähr, „ist eine notwendige Institution für die Konsolidierung Europas, aber er ist niemals übertragbar auf die westliche Hemisphäre.“ Den wahren Grund des amerikanischen Fernbleibens von Genf verschweigt der Senator: Der Gläubiger will nicht zu nahe mit seinen Schuldnern zusammensitzen, weil sonst seine Nachsicht und Güte zu sehr in Anspruch genommen wird. Amerika vermag aus der Ferne die europäischen Nöte mit größerem Gleichmut zu ertragen, als wenn es sie in Genf sozusagen tagtäglich miterleben müßte.



Der englische Premier Baldwin im Garten der Regierungsgebäude in der Downing Street in London. In England wird jetzt ein Film hergestellt, der die Regierung bei ihren Arbeiten zeigen soll. Die Aufnahmen des interessanten Bildes erstrecken sich aber nicht nur auf die Darstellung besonderer Staats-Ereignisse oder laufender Staats-Geschäfte, sondern schildern auch das tägliche Leben der einzelnen Minister und Staatsführer.

Die 40. Sitzung des Völkerbundsrates klang mit einem schrillen Mikton aus. Die Austrittserklärung Millo-Francos war es nicht allein. Der in Paris lebende ungarische Journalist und republikanische Emigrant Swan von Justh beging auf den Außenminister Ungarns, Graf Bethlen, ein Ohrfeigenattentat, das ein diplomatisches Nachspiel zur Folge haben wird. Bereits hat die ungarische Regierung die Auslieferung des Attentäters verlangt. Da es sich aber um ein politisches Verbrechen handelt, das die schweizerische Polizei mit dem besten Willen zu verhüten nicht in der Lage war — von Justh war vom Völkerbundssekretariat als Vertreter einer Pariser Zeitung zugelassen und Bethlen überdies von sechs Detektiven der Genfer Polizei Tag und Nacht bewacht — so dürfte das Verlangen Ungarns vom Bundesrat abgewiesen werden.

Das ungarische Volk, soweit es hinter der Regierung Horthy-Bethlen steht, ist durch das Ohrfeigenattentat in Genf schwer beleidigt worden. Gewiß. Aber das Attentat war provoziert. Der Attentäter war ein vom Regim Verfolgter, ein überzeugter Republikaner. Er sah, wie die Banknotenfälscher das ungarische Prestige in der Welt auf unerträgliche Weise verletzten. Ihm war die Mitschuld Bethlens Gewißheit. Der französische Antrag vor dem Völkerbundsrat, es sei eine internationale Konvention zum Schutz vor Banknotenfälschern anzustreben, dies gestützt auf gewisse Vorgänge in einem gewissen Lande, die bewiesen hätten, wie schutzlos ein Staat solchen Fälschern gegenüber sei, mochte von Justh in dieser Gewißheit gestärkt haben. Wie dem auch sei, so hat der Attentäter sich des Mißbrauches des schweizerischen Gastrechtes schuldig gemacht und verdient schon dafür seine Strafe. Der Bundesrat wird ihn voraussichtlich ausweisen, hoffentlich nicht ausliefern. Der Vorgang ist auch vom Standpunkte der Genferpolitik aus zu bedauern.

Genf genießt nicht bloß die Vorteile, die ihm der Sitz des Völkerbundes bietet: vermehrte Bautätigkeit — eben wurde das neue Palais des Internationalen Arbeitsamtes eingeweiht — gefüllte Hotels, lebhaften Verkehr und viel Fremdenbesuch. Nein, es hat auch die Nachteile der Völkerbundsstadt zu spüren. Die Welt verlangt sozusagen von ihm die Verwirklichung eines Ideals als Gastgeberin der Völker.

Da soll es freies Gastrecht üben und allen Völkern unparteiisch die Tore öffnen. Wenn aber einer wie Graf Bethlen eine Ohrfeige kriegt, dann regnet es diplomatische Noten. Und neuestens kommt der Fascistenkrawall. In einer Versammlung zu Ehren des von römischen Fascisten ermordeten Matteotti nahmen italienische Fascisten als Aufpaffer teil, um eingreifen zu können, wenn der Redner einen Ausfall gegen Mussolini wagen würde. Dies geschah nicht; dagegen wurden Schmährufe gegen das italienische Staatshaupt aus dem Publikum laut. Nun flog ein Stuhl und fielen Pistolenschüsse, und kam es zu einem wilden Tumult. Die Polizei griff ein und verhaftete den Schützen, einen Anarchisten. Die Fascisten werden der Provokation angeklagt und klagen ihrerseits über Beleidigung Mussolinis an. Die fascistische Leitung Italiens gratuliert den Genfer Getreuen für ihre mutige Haltung und schickt einen Kommissär zur Untersuchung der Affäre. Hoffentlich weist die Genfer Polizei diesen Kommissär vor die Türe und läßt sich nicht in die Angelegenheiten hineinreden. Man sieht, die Genfer haben es nicht leicht mit ihren internationalen Gästen.

Deutschland hat politisch bewegte Tage hinter sich und noch vor sich. Nächsten Sonntag fällt die Entscheidung in der Frage der Fürstenenteignung. Der Kampf ist auf der ganzen Linie entbrannt. Der Reichspräsident Hindenburg hat entgegen der Verfassung mit einer Kundgebung gegen die entschädigungslose Enteignung eigenhändig in den Kampf eingegriffen. Der Rechtspolitiker Löbell veröffentlichte mit Zustimmung des Reichspräsidenten dessen Brief an ihn, worin er die Enteignung als ein Vergehen gegen das Eigentumsgebot brandmarkt und das deutsche Volk davor warnt. Der Hindenburgbrief gab Anlaß zu einer Interpellation im Reichstage. Der Reichskanzler deckte die Handlungsweise Hindenburgs. Sie habe nicht gegen das Gesetz verstoßen, das dem Reichspräsidenten als Staatsmann strikte Neutralität in Parteifragen auferlegt; der Brief sei bloß eine private Meinungsäußerung gewesen und kein Staatsakt; ein solcher hätte von ihm, dem Reichskanzler, gegengezeichnet werden müssen. Die Erklärung wurde von allen republikanischen Parteien des Reichstages, auch von der Partei, der Dr. Marx selber angehört, vom Zentrum, zurückgewiesen. Es ergibt sich somit eine Situation, die dem Kabinett Marx verhängnisvoll werden kann. Auch Hindenburgs Stellung erscheint bedroht. In Frankreich würde sie unhaltbar sein, wie das Millérand erfahren hat, der sich in ähnlicher Weise in die Parteipolitik eingemischt hatte. Die Linksparteien werden am 20. Juni die 20 Millionen Stimmen nicht erreichen. Aber auf alle Fälle wird dieser Gang zur Urne zu einer tüchtigen Propaganda für den republikanischen Gedanken werden. -ch-

### Wie sind die Tage . . .

Wie sind die Tage schwer!  
An keinem Feuer kann ich erwärmen,  
Keine Sonne lacht mir mehr,  
Ist alles leer,  
Ist alles kalt und ohne Erbarmen,  
Und auch die lieben klaren  
Sterne schauen mich trostlos an,  
Seit ich im Herzen erfahren,  
Daß Liebe sterben kann.

Hermann Heife. (Aus „Musik des Einsamen“.)